

Unter dieser Ueberschrift schreibt die hiesige „Bacon“: „Die Ketzungen unter den Lodger Deutschen nahmen in letzter Zeit derartig geschlossene Formen an, daß ihr politischer Zusammenschluß in zwei erklärte Lager: die Verächnlicher und die Separatisten, gegliedert wurde. Der ersten Gruppe gehört die Mehrzahl des deutschen Bürgerthums an, das lange hier ansässig und durch gemeinsame Interessen mit der anderen Bevölkerung verbunden ist. Zur Gruppe der Separatisten gehört das in vielen Städten dunklere Arbeiterelement, die arbeitende Intelligenz und der Bauer auf dem Lande.

Die deutschen Verbündlichen brachten es noch nicht zu einer eigenen politischen Organisation; ein Teil von ihnen arbeitet sogar in Gemeinschaft mit den Separatisten, welche den starken und heute mit seinem Einfluß das gesamte Deutschland in Völkern umfassen. Bund der Deutschen Völkerns" beherrschen. Die links gerichteten deutschen Kreise im ehemals preussischen Teilgebiet sammelten sich in den Organisationen der deutschen Sozialdemokratie, die in den westlichen Gebieten Polens gewissermaßen eine Konkurrenz des „Bundes der Deutschen Polens" bilden.

Eine ähnliche Konfurrenzorganisation schuf man vor kurzem im früher russischen Teilgebiet in der sogenannten „Deutschen Arbeitspartei“. Im bereits Ende März eine recht intensive politische Arbeit aufnahm und in Lodz eine eigene Monatschrift „Die Arbeit“ herausgibt. In die Spitze der D. A. P. stellen sich erklärte deutsche Separatisten, wenn auch nicht die radikalsten Führer des Bundes der Deutschen in Polen. Das Programm des jungen politischen Geblüts ist aber neu, noch sonderlich interessant. Auffallen aus das starke Hervorheben der Forderung nach völliger Gleichberechtigung auf dem Gebiete des Schulwesens, der Verwaltung und Gesetzgebung. Diese Sätze werden in der „Arbeit“ noch weitergeführt und näher beleuchtet. . . . Schon heute kann man behaupten, daß die D. A. P. ein weniger eroberrungslustigerer Polken der deutschen Separatisten sein wird, der für die Arbeitermassen erachtet ist. Der „Bund der Deutschen Polens“ ist eine in antipolnischer Richtung vorgehende Organisation des deutschen Bürgerlums. Aber auch der D. A. P. gegenüber kann man keine besonderen Sympathien im Herzen tragen, wenn man bedenkt, daß sie als Kind (?) des „Bundes der Deutschen Polens“ betrachtet werden muß. Wir wissen ferner, wie uns die deutschen Scheidemannleute gefonnen sind; die D. A. P. ist aber noch weit schlimmer als die Organisation dieser Scheidemannner.“ —

Wir werden also demnach von der „Praca“, ohne Rücksicht darauf, ob wir Bauern, Kaufleute, Handwerker oder Industriearbeiter sind, nur nach dem Grad unserer „Verlässlichkeit“ eingeschätzt. Unter diesem Begriff versteht man aber selbst nach dem Urtheil der „Praca“ nur eine völlige Aufgabe des eigenen Volkstums. Aber die Versöhnung der beiden Nationalitäten auf dem Standpunkt völliger Gleichberechtigung durchzuführen will, ist ein Separatist. Es erscheint als ganz anachronisch, die polnische öffentliche Meinung von diesem Irrglauben abzubringen. Der Geist der Versöhnung hat mit Charakterlosigkeit nichts gemein, und es ist ein trauriges Zeugnis für ein Volk, wenn es sich von dem Manne oder der Minorität als „separiert“ ansieht, die für die verfassungsmäßig verbrieft Gleichberechtigung aller Staatsbürger eintritt. „Solange die Welt Welt bleibt, wird nie ein Pole dem Deutschen Freund werden!“ — kann niemand dieses fluchbeladene Sprichwort aus dem polnischen Sprachschatz und der polnischen Politik tilgen? Der Deutsche in Polen bringt mit Freuden die Tünche seines guten Willens herbei.

Die Ausführungen der „Broca“ sind noch in anderer Hinsicht lehrreich. Sie enthalten verstreut und ungewollt einen Mahnruf zur deutschen Einigkeit. Es ist hier nicht der rechte Ort und die rechte Stunde, ein Klagelied über unseren ererbten Parteigeist zu singen, oder für diese und jene Partei die Verberbtemmel zu rühren. Dadurch wird nichts gehindert; die Härte der Zeit allein wird uns Deutsche alle fast zusammengehoben, das sind wir gewiß. Erwägen wir, daß unsere politischen Parteien fast anachronistisch hinter ihren blumenreichen Programmen nur die realen Interessen verschiedener Wirtschaftsguppen vertreten, so können wir es sogar ganz ersichtlich finden, daß sich die Glieder einer Volksgemeinschaft mit Rücksicht auf diese Verschiedenheit ihrer wirtschaftlichen Lebensbedingungen auch verschieden organisieren. Aber diese Gliederung darf niemals den gemeinsamen Leib veressen lassen: die gemeinsame Heimat, die gemeinsame Sprache, das gemeinsame Recht. Angehörige einer Minderheit sind untereinander Mitarbeiter, Nächste, Brüder. Sie gleichen der Besatzung eines Schiffes, das mit den Wellen kämpft. Die Unterschiede der Gesin-

nung und des Standes sind dann nicht aufgehoben, ein jeder verrichtet sein eigenes Werk. Aber diese Einzelleistung des einzelnen ist doch nur ein geringer Bruchtheil der großen gemeinschaftlichen Rettungsaktion. Wenn eine Schiffbesatzung das nicht erkennt und anders handelt, dann finden alle Mann mit Schiff und Ladung in den heftigsten langen Bogen ihren Untergang.

Der Warschauer Sejm, der in seiner eben begonnenen Session die neue Sejmwahlordnung verabschieden soll, mag noch in diesem Jahr aufgestellt werden. Die Neuwahler vermögen nur dann ein klares Bild des polnischen Nationalitätenstaates zu geben, wenn alle völkischen Minderheiten als gleichberechtigter Bestandtheil in den Wahlkampf eintreten. Es darf bei den kommenden Wahlen nur eine deutsche Front geben, die sich in die große Front der anderen Minderheiten einreihet. Die deutsche Minderheit wird eine neue Front der „Versöhnung“ aufrichten, die dem einzelnen bei freiem Glauben festzuwerden läßt, strenge Disziplin aber überall dann verlangt, wenn es gilt, gemeinsames Recht zu wahren und die gesammelte Kraft dem Anhang der Unversöhnlichen entgegenzusetzen.

„So haltet fest zusammen, fest und ewig!
Kein Ort der Freiheit sei dem anderen fremd,
Daß sich der Bund zum Bunde rasch versammle!
Seid einig — einig — einig!“

Das „Rosenauer Tageblatt“ nimmt in seiner Nr. 99 gleichfalls Stellung zu dem in unserem gestrigen Beiratsartikel („Polnische Mitbürger, wir appellieren an Euer Gewissen!“) gebrandmarkten provokatorischen Aufruf der Rosenauer polnischen Organisationen. Nach tellwaiser Wiedergabe des im „Kurier Poznanski“ abgedruckten vorerwähnten Aufrufs weist

Die Schlußbesprechungen mit der interalliierten Kommission

Ottawa, 4. Mai. (Pat.) Heute um 5 Uhr nachmittags fand unter Vorsitz des Generals De Ronb eine Sitzung der Interallirten Kommission statt. An der Sitzung nahmen alle Delegirten der Interallirten Kommission sowie die Delegirten der polnischen und der deutschen Regierung teil. Gegenstand der Beratung war die Uebergabe Oberschlesiens an Polen und Deutschland und die dabei zu befolgenden Grundsätze u. zw.: die Art der Räumung des Gebietes durch die Truppen der Verbündeten und die Besetzung durch deutsche und polnische Truppen, ferner die Uebergabe des deutschen Staatseigentums, die Ersetzung der deutschen Beamten durch polnische usw. Der Entwurf des Ausschusses wird von den Bevollmächtigten beider Staaten geprüft werden, worauf diese dann etwaige Wünsche ihrer Regierungen bezüglich einer Aenderung oder Ergänzung vorlegen können.

Eine weitere Sitzung findet am Freitag Statt. Außerdem werden auch gemeinsame Sitzungen deutscher und polnischer Sachverständiger stattfinden.

(Denkschrift der Mächte an die russische
Delegation.)
(Schluß.)

Artikel 4. Gemäß dem liberalen Grundsatz, der von allen Regierungen anerkannt wird, anerkennt die russische Regierung ihre Verpflichtungen hinsichtlich der Erfüllung der finanziellen Verbindlichkeit, die sie oder ihre Vorgänger, besonders die Zarenregierung und die jetztwiegigen Regierungen, Anstalten gegenüber eingegangen ist.

Artikel 5. Die Mätere Regierung verpflichtet sich, die finanziellen Verpflichtungen der russischen Regierungen wie auch die öffentlichen Verpflichtungen russischer Unternehmungen fremden Staaten gegenüber, anzuerkennen, mit Ausnahme derjenigen Fälle, wo im Augenblick der Unterzeichnung der Abmachung die Gebiete, auf denen sich die Verhöre oder Unternehmungen befinden, nicht unter der Kontrolle der Mätere Regierung, der provisorischen oder der Arienregierung standen.

Artikel 6. Rückzahlung der Schulden. Die Mäteregierung verpflichtet sich, im

das „Posener Tageblatt“ dieses schändliche Machwerk in nachstehenden Ausführungen zurück:

„Die Beurtheilung der in Obereschlesien
vorgefallenen Ereignisse ist nicht Sache der
beutischen Minderheit in Polen, son-
dern gehört zur anschließlichen Zuständigkei-
t der internationalen Kommission in Oppeln.
Trotzdem würde die Vertreibung des hiesigen
Deutschtums es sich nicht haben nehmen lassen,
zu der an Dr. Einzigsst verübten Mordthat Stellung
zu nehmen, wenn jemals die polnische
Presse oder die Dessenlichkeit in
Polen ein Wort des Bedauerns und der Ver-
urtheilung über an Denkmäler in Ober-
eschlesien verübten Untaten geäußert hätte.
Da die polnische Seite hierzu jedoch geschwiegen
hat, so müssen wir auch im vorliegenden Fall
schweigen.“

Den Satz, daß die im russischen Staate lebenden Deutschen hier politische und sociale Freiheiten genießen, von denen die in Deutschland lebenden Polen sich nicht einmal träumen lassen können, können wir noch unserer Kenntnis der Dinge nicht unterschreiben.

Wir nehmen davon Kenntnis, daß uns vor-
sätzliche Sicherheit und der Genuß jeder politi-
schen Rechte zugesprochen wird. Wir hoffen, daß
sich die blutigen Ereignisse in Ostrowo vom Juni
v. Js. nicht wiederholen werden.

Sollte der offene Brief des Westmarkenvereins etwa eine Drohung enthalten, so werden wir uns mit der Bitte um Schutz an die polnischen Gerichte und an die Regierung in Warschau wenden. Wir hoffen, daß wir auf diesem Wege jeden Schutz erhalten und nicht genötigt sein werden, den Schutz des Völkerbundes anrufen.

Wenn der Westmarkenverein es wünscht, sind wir in der Lage, eine Liste der an Deutschen in Oberschlesien verübten Mordthaten mit genauer Angabe der Namen und Daten zu veröffentlichen."

Laufe von 12 Monaten mit den Vertretern der
Inhaber von Schuldscheinen, die seine Vorgänger
unterzeichneten, beziehungsweise garantierten, ein
Abkommen zu treffen.

Artikel 7. Kann die Sowjetregierung nicht selbst alle diese Güter zurückerhalten, dann ist sie auch nicht berechtigt, sie andern Konzessionären zu überweisen. Sollte die Sowjetregierung später solche Güter übernehmen wollen, dann hat der frühere Besitzer das Vorrrecht. Ist die Aneignung der Güter nicht anders möglich, als durch Anschluß an eine Gruppe, dann sind obige Bestimmungen hinfällig, obwohl der frühere Besitzer das Recht der Beteiligung an der Gruppe gemäß seinen früheren Rechten erhält. Als frühere Besitzer gelten alle russischen Industrie- und Finanzgesellschaften. Als frühere Besitzer gelten alle russischen Industrie-, Finanz- und Handelsgesellschaften, sofern der größere Teil der Aktien oder Obligationen dieser Gesellschaften sich zur Zeit der Nationalisierung derselben in Händen von Ausländern befand. Die Anteilsrechte in den oben erwähnten Gruppen werden den früheren Besitzern zuerkannt, wenn die Hälfte der Aktien dieses fordert. Wenn solche Forderungen nicht gestellt werden, ist die Sowjetregierung auf jeden Fall verpflichtet, die Entscheidung zu entrichten. Bei der Regelung der Entscheidungszugungen werden die Rechte dritter Personen, die auf diesen Besitztümern lasten, berücksichtigt. Wenn die Schäden aus irgend einer Operation oder Vernachlässigung der Sowjetregierung entstanden sind, erhalten die früheren Besitzer die Entscheidungen gemäß den allgemeinen Grundsätzen des internationalen Rechts.

Die weiteren Artikel befaßten sich mit der Normierung der Art der Auszahlung von Entschädigungen durch Schlichtsgerichte, Sicherstellung des Vermögens und der Rechte der Ausländer sowie mit der Rückgabe der seinerzeit in Moskau deponierten Werte an Rumänien.

Wien, 4. Mai. (Kat.) Die „Neue Freie Presse“ berichtet: Schischgerin gab bezüglich der eingehängten Denkschrift u. a. nachstehende Erklärungen ab: Die russische Delegation wird den meisten der 14 Artikel des Memorials ablehnen. Daß Rumänien Gefangenen bestimme, während Rußland, die ihm von Rumänien Auslieferung übergebenen Werte ausliefern, dies hält Schischgerin für unmöglich. Die Regierung werde auch gegen Artikel 1. Verhörung einlegen, da dieser Artikel Rußlandliche Agitation in anderen Ländern verbiete.

während es die russische Regierung gegenüber fremden Märgern, die auf russischem Territorium agitieren, gestatten will. Der 7. Artikel, der sich auf das Privateigentum bezieht, verurtheilt für die Zukunft keine Schwierigkeiten, sei in bezug auf die Vergangenheit jedoch unannehmbar. Die Verpflichtungen hinsichtlich der Konzeption können die Sowjetregierung nicht annehmen, dagegen sei es klar, daß bei Gewährung von Konzessionen vor allem die früheren Besitzer herkömmlich würden. Tschitcherin beschwert sich ferner darüber, daß die Frage der Kredite von den Alliierten nicht genügend aufgelegt sei. Im Art. 7 wäre nicht die Rede von Krediten, sondern diesen sei lediglich Erwähnung getan. Tschitcherin erklärt sich bereit, die Gegenrechnung bezüglich der Kriegsschulden in der Höhe von 50 Milliarden Goldrubel zurückzusetzen, wenn Rußland dafür eine ausreichende Anleihe gewährt würde.

Genua, 4. Mai. (Pat.) L'ichthegert
 fandte an Schaner so'gendes Schre'ben: Der
 Wirtschaftsausschuß hat einen besondern Unter-
 ausschuß für Arbeiterfragen gebildet. Der
 Vorsitzende dieses Ausschusses hat aus' einmüthiger
 Mehrheitform nicht diejenige Er'saaten bejehlet,
 die im Unterausschuß vertreten sein so'len, ohne
 Anstand dabei zu berücksichtigen, obgleich die-
 ser erste Sa'at ist, der seine B'schöpfung mit
 seine Politik auf die Interessen der Arbeiterklasse
 aufgebaut hat. Ich sehe mich gezwungen, im
 Namen der r'ussischen Delegation gegen eine so
 merkwürdige Methode der Ernennung von Mit-
 gliedern für diesen Unterausschuß und gegen die
 Ausschließung Anstands zu protestieren.

Ein Artikel: "Jellons in den 'Jewesie'".

Warschau, 7. Mai (Bohr). Unter diesem Titel schreibt Stiefelow in der „Zemskaja“ vom 25. April: Eine Gruppe dieser Feinde ist bereits klar hervorgetreten, es ist dies Frankreich mit der Gefolgschaft seiner Vasallen, vor allem Polen und Rumänen. Diese Gruppe wünscht der Konferenz ein völliges Mißlingen. Sie möchte den gegenwärtigen Zustand aufrechterhalten, wo der Oberste Rat und der Kaiser die Wirte Europas abgeben. Diese Gruppe braucht die Beibehaltung der Einteilung Europas in Sieger und Besiegte, wobei die Letzten den ersten als Beute überlassen werden müssen. Diese Gruppe mit Frankreich an der Spitze steht anzuhaften bei der Abbruch der Konferenz an. Die zweite Gruppe besteht aus Katholiken zusammen, die durch die Oktoberrevolution im Süden erlitten hat. Nach Ansicht Stiefelows ist es das schlimmste, daß dieser Gruppe nicht nur französische, sondern auch Katholiken anderer Staaten, besonders Engländer, angehören.

Genua, 5. Mai. (Nat.) Skirmunt hatte heute vormittag eine längere Unterredung mit Vloth George, die fast 1½ Stunden dauerte. Es wurde unter anderem die Frage der östlichen Grenzen Polens besprochen und festgestellt, daß diese Angelegenheit die verbündeten Staaten und Polen angehe und nicht zu den Arbeiten der Konferenz in Genua gehöre. Vloth George hat die Notwendigkeit einer schnellen Entscheidung anerkannt und versichert, daß er ohne vorheriges Einvernehmen mit Skirmunt in dieser Angelegenheit keinerlei Schritte unternehmen werde.

Gerua, 5. Mai. (Bat.) Gestern mittag traf Skirmunt mit Tischlerin zusammen. Beide Staatsmänner besprachen die allgemeine Lage und das Verhältnis zwischen Polen und Rußland. Es darf angenommen werden, daß infolge dieser Unterredung eine Entscheidung der Lage eingetreten ist.

Paris, 4. Mai. (Nat.) Der Ministerrat hat einstimmig den Plan des Abschlusses eines Garantievertrages angenommen unter der Bedingung, daß sich Rußland ihm gleichfalls anschliese und sich somit verpflichte, seine Nachbarn nicht anzugreifen. Außerdem dürfe der Garantievertrag keinesfalls einen Anschlag auf die Garantien darstellen, die die Verbündeten auf Grund des Versailles Vertrages für den Fall anwenden, daß die Deutschen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen sollten. Unangefastet bleiben die internationalen Verpflichtungen bezüglich der Entthronung der Habsburger und Hohenzollern, begreifen die Defensivverträge, besonders der französisch-belgische und der französisch-polnische

Die, sowie die die Staaten der kleinen Entente stehende Periode. Schließlich darf der Garantievertrag seine früheren Abstrichpunkte enthalten, wie die, die im 8. Artikel der Bestimmungen des Fides für das vorgegeben sind.

Der Wert von Rapallo und die Reparationskommission.

Am 5. Mai (Nat.) Die Neue Freie Presse berichtet aus Berlin: Die Reparationskommission hat nach erfolgten Beratungen über den Wert von Rapallo, an die deutsche Regierung eine Note erlassen, in der sie nicht die Umstellung der deutschen Reparationsverträge, sondern nur Aufklärungen fordert und eine Reihe von Vorbehalten macht.

Ausrunderliche Tätigkeit in Ostgalizien.

Die „Gazeta Konienna“ berichtet aus Kolomea über die Verbreitung von rufberühmten Aufzügen in der Gegend von Rukic. In denen die Bevölkerung aufgefordert wird, sich zu bewaffnen und den Augenblick abzuwarten, bis der „Diktator“ Petruschewitsch das Signal zum Kampf gegen die Polen geben werde. Da sich die Polen dieser Arbeit der Rukischer gegenüber jedoch feindselig verhalten, greifen die Ukrainer zum Terror. Auf die Türschwelle des Hauses des Kommandanten des Polkatalions, Leutnant Radchowski, wurde eine Betarde hingeworfen, die nicht erlöschte, fern wurde ein Pistolenschuß abgegeben. Die Russen brachten die Betarde mit der Aufschrift: „Wir werden die Polen nicht mehr in den nächsten Tagen das Leben abholen.“ Einige Tage darauf wurden auf den schlafenden Leutnant Radchowski einige Schüsse abgefeuert, die ihr Ziel jedoch verfehlten.

In der ganzen Gegend von Polz wie auch auf dem ganzen Gebiet Ostgaliziens haben rufberühmte Aufzüge unter den Bauern verbreitet und an den Häusern und russischen Kirchen angebracht, in denen die Bevölkerung zur Verweigerung der Steuern und zum Widerstand aufgefordert wird. Gleichwohl wird mit dem Abnehmen der Anwesenheit gefürchtet, falls die Bauern es wagen sollten, die Danna freiwillig zu bezahlen. In einigen Fällen wurden die Schulden ergriffen.

In der Nacht von Freitag zu Sonnabend voriger Woche wurde bei der Bahnstation Gieszowa ein Posten der Staatspolizei von einer bewaffneten Bande von 40 Mann unter der Führung des Ataman Gort überfallen. Es kam zu einem mehrstündigen Feuergefecht, wobei 2 Polizisten getötet und einer gefangen genommen wurde.

Diese Bande macht seit längerer Zeit die Gegend von Gieszowa unsicher. Sie setzt sich aus ehemaligen russischen Soldaten zusammen. Aus Breslau wurden starke Polizeiaufgebote abgesandt, um die Banditen einzufangen.

Der bedrohte Petroleumtrust.

London, 5. Mai. (Nat.) Aus Washington wird berichtet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika ihre Botschafter in London und Rom beauftragt hat, über den Abschluß eines Vertrages zwischen der Räteregierung und einer englisch-polnischen Petroleumgesellschaft Einvernehmen einzusetzen. Bisher haben die Ermittlungen ergeben, daß der Vertrag noch nicht abgeschlossen sei, daß jedoch darüber verhandelt werde. Amerika wird gegen diese einen Monopolcharakter tragende Ausbeutung Russlands sowie gegen die Verewaltung des von den Verbündeten anerkannten Grundgesetzes der offenen Tür im Verhältnis zu Russland Protest einlegen.

Einrichtung eines russischen Sozialrevolutionärs.

Sankt Petersburg, 4. Mai. (A. B.) Das ukrainische Doerger hat den bekannten Sozialrevolutionär Paschupinski zum Tode durch Erschießen verurteilt. Das Urteil ist vollstreckt worden. Dadurch haben die Bolschewiken gegen die Beschlüsse der Berliner Konferenz der drei Internationalen verloren. Paschupinski ist für einen Anschlag auf Blumkin, den Mörder des deutschen Gesandten in Moskau, Grafen Mirbach, verurteilt worden. Es muß bemerkt werden, daß Blumkin die Sozialrevolutionäre verraten und sich der Diktatorpolitik angeschlossen hat.

Sejm.

4. Mai. 300. Sitzung.
(Schluß.)

Hg. Witosch in seiner Rede fortsetzend, dem Außenminister Skirmunt seine Stellungnahme gegenüber der Jarmozynskage vor und geht dann zur Grenzpolitik über, die er als schlecht bezeichnet. Er sehe keine Möglichkeit seitens der Regierung, die Bürger in polnischen Verhältnissen an den Staat zu fesseln. Infolge einer solchen Politik der Regierung wären in den Grenzgebieten Zustände geschaffen worden, von denen niemand befreit sei. Viele Geiseln seien außer Kraft gesetzt worden. Das beziehe sich unter anderem auf das Gesetz über die Kleinpächter. Über die Konsequenzen dieser Verhältnisse berichtet, daß sie sich den Bürgerpflichten, besonders der Zahlung der Danna, entziehen. — Zur Wirtschaft des

Sommerprossen, Fiechten u. Sonnenbrand

beseitigt radikal

Creme Oro Metamorphose.

2097

Finanzministers übergehend, erklärt Witosch, daß der gegenwärtige Finanzminister seine volle historische Macht, nicht nur auf sein Ressort beschränkt. Deshalb werde seine Fraktion ihn nicht nur für sein Ressort, sondern für den größten Teil der Staatspolitik und Wirtschaft verantwortlich machen. Rechner wirft dem Minister vor, daß er das Leben nicht mit den Augen der Wirtschaft betrachte und nicht tue, um den Staat vor einer Katastrophe zu bewahren. Er nimmt dem Minister seine weitgehenden Versprechungen ab, die an zu kurze Fristen gebunden seien und deshalb nicht erfüllt werden könnten. Sodann macht er den Finanzminister für die Vernachlässigung des Wiederaufbaus der Dörfer und Städte, für die Nichterteilung eines Kredites an kleine Bauern u. dgl. verantwortlich. Infolge dieser Mängel des Programms könne seine Fraktion den Finanzminister nicht unterstützen.

Hg. Grombinski weist darauf hin, daß bereits die Ausrufungen der Redner, die feinerzeit hinter der Regierung gestanden haben, gezeigt hätten, auf welch unsicheren Boden unparteiliche, also außerparlamentarische Regierungen stünden. Die Fraktionen jedoch, die mit solcher Regierung einverstanden waren, müßten auch die Verantwortung tragen. Bestreben sei, einen dauernden Frieden zu erlangen. Die Gefahr, die Polen bedrohe, sei nicht im Augenblick der Unterzeichnung des Vertrages von Rapallo entstanden, sondern sie bestehe von Anfang an, da unsere Nachbarn danach streben, die polnischen Gebiete um jeden Preis wieder zurückzuerobern. Rechner macht der Regierung zum Vorwurf, daß Bürger nichtpolnischen Volkstums Amtsfunktionen ausüben. (1) Die Steuern würden dreimal so groß, wenn die Verwaltung besser funktionierten würde. Seitens der Bolschewiken drohe Polen weniger Gefahr als vom Westen. Das Land müsse daher im Innern stark gemacht werden.

Nachdem Pfarrer Adamski noch Kritik an unserem Valutastem geübt, wird die Sitzung geschlossen.

Auch in der gestrigen Sitzung wurde weiter über das Exposé verhandelt.

Lokales.

Lodz, den 6. Mai 1926.

Die Lodzer evangelische Taube, deren Einberufung von der evangelischen Gemeindeverwaltung am 5. April beschlossen wurde, wird, wie wir erfahren, gleich nach den Pfingstfeiertagen stattfinden.

Eine Dienenzuchtausstellung soll in Kürze in Lodz stattfinden. Veranstalter ist der Lodzer Dienenzuchtsverein.

Die Organisation der Krankenkasse. Auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1920 sollen im Laufe von 3 Jahren in allen Städten Polens Krankenkassen eingeführt werden. Bis jetzt bestehen aber nur in den Städten Warschau, Dombrowa Gornicza und Lodz solche Kassen. In der letzten Zeit sind jedoch eifrige Bemühungen von Seiten der Regierung im Gange, um sie auch in anderen Städten Polens einzuführen, und zwar in den Städten der Lodzer Wojewodschaft, im Gieszowauer, Gieszowauer und Gieszowauer Kreis, in der Wojewodschaft Kielce, in der Warschauer sowie in der Lubliner Wojewodschaft.

In der Wojewodschaft Lodz wird augenblicklich in den Kreisen Lodz, Ost und Gieszow mit der Einführung der Krankenkassen begonnen. Die Zentrale der einzelnen Krankenkassen der Lodzer Wojewodschaft wird sich in Lodz befinden, während man in den Städten Gieszow, Alexandrow, Konstantynow, Luszyn, Rygum, Gieszow, Radogoszcz und in der Rygumskawake Zweigkrankenkassen sowie Ambulatorien einrichten wird. Der Gieszow Magistrate hat zur Unterstützung der Gieszow Krankenkasse eine halbe Million bestimmt. Die Zentrale für den Gieszow Bezirk wird sich in Domaszow als Industriemittelpunkt dieses Bezirkes befinden.

Die Landarbeiter können bis jetzt in die Krankenkassenversicherung noch nicht einbezogen werden. Der schnelleren Einführung der Krankenkassen stellen sich große Schwierigkeiten wie beispielsweise Lohn- und Geldmangel entgegen. Kommissar Gieszowski hatte sich deshalb an das Arbeitsministerium mit der Bitte um eine Unterstützung von 80 Millionen für den Ankauf der notwendigen Instrumente sowie für die Inbetriebnahme der Krankenkassen gewandt. Das Ministerium hat aber nur 6 Millionen gewährt, so daß die Schwierigkeiten noch nicht behoben sind.

Der Magistrat will nicht schuld sein an der zu niedrigen Berechnung der Danna. Der Magistrat der Stadt Lodz macht bekannt, daß her in den Zeitungen veröffentlichte Feuerungspreise nicht durch Schuld des statistischen Amtes des Magistrats so niedrig errechnet worden ist. Den Feuerungspreis hat eine Kommission, die aus Vertretern der Berufsverbände, Kooperativen und der Industrie besteht, auf 6 und der von ihr selbst und den Staatsbeamten notierten Preisen festgesetzt.

Telegraphische Geldüberweisungen.

Bis jetzt waren 25 000 M. die höchste Summe, die man auf telegraphischem Wege überweisen konnte. Dies hatte seine Nachteile, da viele Personen, die eine größere Summe zu überweisen hatten, dies auf zwei oder mehr Anweisungen schicken mußten. Das Ministerium für Post und Telegraphie hat deshalb als die höchste telegraphische Überweisungssumme 50 000 Mark festgesetzt.

Eröffnung der Lodzer Geldbörse. Zu der vorgesehnen feierlichen Eröffnung der Geldbörse waren nur wenige Personen erschienen. Nachdem ist ersichtlich, daß Lodz das Fehlen einer Geldbörse nicht sehr empfunden hat. Außer der Geldbörse, die wir nun erhalten haben, wäre für unsere Stadt aber auch noch eine Warenbörse erwünscht, denn bis jetzt bleiben die Preise der Waren Geheimnis der kaufmännischen Bureaus. Abends fand die erste Versammlung des Börsenrats statt.

Von der Deutschen Arbeitspartei wird uns geschrieben: Am Montag, den 8. d. M., veranstaltet die Deutsche Arbeitspartei einen Ausflug nach Bagienitz und Gieszow. Die Teilnehmer werden an der großen öffentlichen Versammlung, die um 3 Uhr nachmittags in Gieszow, im Saale der Männergesangsvereine, Hans Swatel in der Ratenstr. stattfinden, teilnehmen. Treffpunkt 8 1/2 Uhr morgens Haltestelle der Gieszow Zufahrtbahn.

Der Berufsverbände und die Krankenkasse. Auf Grund einer Entscheidung, die am 18. April auf der Konferenz der Berufsverbände gefaßt wurde, wurde von den Verbänden ein Aufruf an die Arbeiter verteilt, worin sie aufgefordert werden, der Krankenkasse beizutreten und sie zu schützen.

Der übliche Kommunismusprozeß. Am 14. Oktober fand auf dem Wasserweg eine große Protestversammlung der Lodzer Arbeiter gegen die von der Regierung geplante Änderung des Gesetzes vom 1. Juni 1924 statt. Ein dort gebildeter Demonstrationszug schritt durch die Gieszow und Lodzauer Straße zum Plac Wolnosci. Unterwegs wurde von Polizeibeamten beobachtet, wie einige Demonstranten Schreie auf Schwenkpland, die rote Armee und Lenin und Trocki ausbrachten. Wie später festgestellt wurde, hießen die Schwenkplandhänger Manryg Oser und Mojzesz Jaki. In der Lodzauer Straße verteilte Jaki außerdem noch mit der Aufschrift: „Der Sejm will auf neue die Arbeiter fesseln“ verschiedene kommunistische Aufrufe. Auf dem Plac Wolnosci stellte sich zu diesen beiden noch Stanislaw Solomowski, Teofila Bawiat sowie Woleslaw Jatos Stanislaw Solomowski trug ein Transparent mit der Aufschrift: „Es lebe die Diktatur des Proletariats!“ während die Bawiat und Woleslaw Jatos kommunistische Flugblätter verteilten. Nach der Auflösung des Demonstrationszuges, tanzte die Bawiat ihre Wollmütze gegen eine Studentenmütze ein und alle fünf begaben sich nach einem Restaurant in der Lodzauer Straße, wo sie dann verhaftet wurden.

Vorgefesselt hatten sie sich wegen kommunistischer Propaganda vor dem Lodzer Bezirksgericht zu verantworten. Die Angeklagten bekannten sich nicht schuldig. Auch konnten sie ihre Absicht nachweisen. Der Untersuchungsrichter Jermolowicz stützte sich jedoch auf die Aussagen der Polizeibeamten, hielt die Anklage aufrecht und forderte eine strenge Bestrafung der Angeklagten. Nach einer kurzen Unterbrechung fällte das Gericht das Urteil, das gegen Oser und Jaki auf 2 Jahre Zuchthaus und Verlust der Rechte und gegen Jatos auf ein Jahr Zuchthaus und Verlust der Rechte lautete, während Teofila Bawiat aus Mangel an Beweisen freigesprochen wurde.

Forderungen der jüdischen Friedhofsdienerschaft. Die Dienerschaft des jüdischen Friedhofs hat sich an die Verwaltung der jüdischen Gemeinde mit der Forderung gewandt, die Löhne um 15 Proz. zu erhöhen.

Bestrafte Glücksspieler. Vor dem Friedensgericht des zweiten Bezirks hatte sich ein Jarmozynski zu verantworten, der angeklagt war, das für seinen Bruder einflussreiche Geld verpielt zu haben. Der Sachverhalt ist folgender: Woleslaw Jatos, Woleslaw 74, meldete der Untersuchungsbehörde, daß er seinen Bruder Jarmozynski zum Schneider Gelassen zwecks Einlassierung von 75 000 M. geschickt habe. Der Bruder kam aber erst am nächsten Tage nach Hause und erklärte, daß er einen gewissen Woleslaw Jatos getroffen habe und mit ihm nach dem Restaurant „Polonia“ gegangen sei. Dort lernte er Jarmozynski, Lodzauer Straße 9, sowie Leon Gieszow, Gieszow 7, kennen. Alle vier begaben sich nach der Wohnung des Gieszow, wo bis zum frühen Morgen einwöchentlich gespielt wurde. Jatos, der gleich zu Beginn verlor, wollte das Geld zurückgewinnen und verlor dabei die für den Bruder erhaltenen 75 000 Mark. Sämtliche Personen wurden dem Gericht übergeben. Die Angeklagten, die geständig waren, wurden wegen Glücksspiels mit je 10 000 Mark

Vor der Steigerung

haben wir eingelaufen und sind daher die billigsten in 2.amen-Manteln Kleider, Blusen, Blöcke, Herren- u. Knaben- u. rüberoben, Stoffen für selber Ankleiden u. Manteln.

Schmiedel & Rosner, 100 Betschauer 100 und Filiale 160.

besten, Hygienisch, Tepler außerdem noch mit 5 Monaten Garantie.

Haarüberfälle. Sechs mit Revolvern bewaffnete Banditen überfielen das Geschäft von Leon Wolski in der Gm. Krosowiec und raubten verschiedene Gegenstände im Werte von 5 Millionen Mark. — In der Nacht vom 2. auf den 3. Mai überfielen 3 Banditen das Geschäft von August Gitter im Dorfe Wygonole. Der Wirt schlug Alarm, jedoch die Banditen unter Zurücklassung einer Koffer mit geraubten Sachen die Flucht ergriffen.

Stoffausstattung. Die Konfabrikate wird gegen Acht von der Polzstraße bis zur Miska mit Warenwägen gefahren.

Millionen diebstahl. Dem Josef From wurden im Jahre 35 Scheine im Werte von 3 1/2 Millionen Mark gestohlen.

Die Seuchen in Lodz. In der Zeit vom 9. bis zum 29. April erkrankten an ansteckenden Krankheiten: an Flecktyphus 25 Personen (4 Todesfälle); an Unterleibstypus 17 Personen (2 Todesfälle); an Malaria 2 Personen; an der Ruhr 7 Personen (1 Todesfall); an Scharlach 10 Personen (1 Todesfall); an Diphtheritis 7 Personen (4 Todesfälle); an den Masern 7 Personen (1 Todesfall); an Keuchhusten 1 Person (1 Todesfall); an Wundbrand 2 Personen; an der Rote 8 Personen (3 Todesfälle); an Gehirnhautentzündung 5 Personen (5 Todesfälle); an den Windpocken 1 Person; an den Pocken 2 Personen; an der ägyptischen Augenkrankheit 5 Personen; an allen Fieber 3 Personen. An der Scharlach verstarben in dieser Zeit 91 Personen.

Selbstmordversuch. An der Ecke der Klinka und Kasprowastraße versuchte sich die 18jährige Stefania Swierkha, Gouvernante 41, durch einen Sturz in die Hergegend das Leben zu nehmen. Die herbeigerufene Unfallrettungsbereitschaft brachte die Verwundete in das Spital in der Drennowskastraße. Swierkha weigert sich, Aufklärungen über den Grund des Selbstmordversuches zu geben.

Spenden.

Uns sind nachstehende Spenden zur Wettergabe übermittelt worden, für die wir den Spendern in Namen der Bedachten herzlich danken.

Für die Wolgabenschen: Von der Schülern der Schule 107 Mark 4600. Mit der bisherigen 4 472 959 M., 8 Hbl., 163 Kopeke zusammen 4 477 559 Mark, 8 Hbl. und 16 Kopeke.

Kunst und Wissen.

„Wenn das Blut spricht“, Revolutionsbild aus der Geschichte des Bolschewismus in 3 Aufzügen, von Dr. v. Behrens — so steht an den Plakaten zu lesen, die heute an verschiedenen Stellen der Stadt zu sehen sind. Wie uns versichert wird, gibt das Bühnenwerk eine getreue Wiedergabe der Psychologie der russischen Gesellschaft vor und während des unruhigen Umsturzes von 1917—1918, der über das Jarmozynski einen Blutausbruch brachte, der bis auf den heutigen Tag anhält und ganz Europa in die Abgründe und Finsternisse drückt. Der Verfasser versucht einerseits die idealen Motive der Umstürzler zu rechtfertigen, andererseits aber die Mordtätigkeit der allergrößten und blutigsten Geschehnisse dem erotischen Elemente gegenüber, welches im Blute eines jeden Menschen, ob Mann oder Frau, gefahrlos glimmt, den Zuschauer vor Augen zu führen. Daher der Name des Stückes. Ferner sollen die Massen eingeht werden, die Russen, des Deutschen und der Juden, die jedem Volke im Blute liegen, in einer besonders typischen Weise hervorgehoben werden. Näheres über den Inhalt hoffen wir vom Verfasser selbst bald zu erfahren.

Das Werk wird am 16. Mai im Scala Theater zur Aufführung gelangen.

Aus Russlands Bolschewistenzeiten

! Revolutions-Drama !

16 — Mai — 16
„Wenn
das
Blut
spricht“
von Dr. v. Behrens.
16 — Cegielniana — 16

Deutsche Bühne, Lodz.

Vorverkauf der Eintrittskarten in der „Lodzer Freien Presse“, Lodzauer 86 u. 8—8 täglich. Preise: 4 500 Mk., Balkon 600—900, Logenpl. 4 2000, Parterre 900—1700. 2183

Der Fußball-Verbandsrat. Die Krakauer „Kurierska“ in Lodz. Dem „Turing-Club“ und der „Union“ ist es gelungen, eine Mannschaft für zwei Gesellschaftsspiele, die heute und morgen stattfinden sollen, für Lodz zu gewinnen. „Kurierska“ ist gegenwärtig in sehr guter Form und gilt als eine der besten Mannschaften Krakaus. Das am letzten Sonntag ausgetragene Meisterschaftsspiel dieser Mannschaft gegen die „Grocovia“ endete mit einem knappen Sieg der letzteren (2:3). Unsere Lodzer Vereine werden jedenfalls alles aufbieten müssen um einen Angermessen ebenbürtigen Gegner zu stellen. Beide Spiele versprechen demnach höchst interessant zu verlaufen. Näheres ist aus dem Anzeigenteil zu erfahren.

„Sturm“ in Posen. Am 8. bis 10. spielt „Sturm“ in einem Gesellschaftsspiel gegen die Posener „Unia“ (Klasse A), in Posen.

Vereine u. Versammlungen.

Die Generalversammlung des Deutschen Gymnasialvereins.

Die am 2. Mai im zweiten Termin stattgefunden hat, war nur mäßig besucht. Die Versammlung wurde um 8^{1/2} Uhr vom Vorsitzenden, Herrn Baumeister Wende, eröffnet. Die Tagesordnung bestand aus drei Punkten: 1) Verlesung des Protokolls von der letzten Generalversammlung, 2) Kasienbericht und 3) Neuwahl der Ratulange. Der erste Punkt wurde schnell erledigt, da niemand etwas gegen das Protokoll einzuwenden hatte. Am Kasienbericht interessierte am meisten der Voranschlag für das nächste Schuljahr 1922/23. Darnach betragen die Ausgaben etwas über 94 Millionen Mark. Soviel muß natürlich auch durch Schulgeld und Mitgliedsbeiträge eingebracht werden. Das Schulgeld ist mit einer bedeutenden Erhöhung des Schulgeldes verbunden, liegt auf der Hand. Das Schulgeld wird so hoch bemessen werden müssen, daß es vielen Angehörigen, deren Einkommen nicht in dem Maße wie die allgemeine Verteuerung aller Lebensbedürfnisse steigt, annehmlich sein wird, ihre Kinder weiter im Gymnasium zu belassen. Einige Väter haben sich schon in diesem Sinne geäußert.

Da in Lodz sozialer Verstandnis für alle Nöte vorhanden ist, so möchte man erwarten, daß es der Verwaltung oder einem speziell hierzu zu bildenden Komitee gelingen werde, durch entsprechende Veranstaltung, durch freiwillige Spenden und dergl. die Mittel aufzubringen, um für solche Kinder das Schulgeld wenigstens teilweise bezahlen zu können.

Unsere deutsche Gesellschaft leidet an einem großen Mangel an Intelligenz. Wir haben so gut wie gar keine Führer. Da möchte unsere Gesellschaft vor allem darauf bedacht sein, eine möglichst zahlreich verteilte Intelligenz heranzubilden. Wohltun trägt Jinsen. Dies läßt sich in erster Linie auf unsere unbemittelten Gymnasialschüler anwenden. Am meisten Zeit nehmen die Neuwahlen in Anspruch, da auf Antrag eines Herrn durch Zettel gewählt werden mußte. Durch Zettelwahl (Kammatz) wäre die Angelegenheit in einigen Minuten erledigt gewesen, so hat es über eine Stunde gedauert. Alle ausstehenden Verwaltungsmittelglieder wurden wiedergewählt, und zwar der zweite Vorsitzende Herr Dr. Wilhelm Fischer, der Kassierer Herr Rudolf Römer und die Assistenten: die Herren Dr. Kurt Schweikert, Franz Ramisch, Carl Stübli und Drowing. Zu Kandidaten für Herren: Zimmer, S. Martinus, M. Strohsch, Holz, J. Buhle und Otto Graf.

S. W.

15 Jahre Geschichte des Christlichen Komitees z. g. N. Lodz.

Wenn wir am heutigen Tage einen Rückblick auf die verflochtenen 15 Jahre des Vereinslebens werfen, so sind es besonders nachstehende Daten aus der Vereinsgeschichte, die uns zu längerem Verweilen auffordern.

Gegründet wurde der Verein durch die Herren: Jan Stephanus, Paul Förster, Emil Timm, Oskar Schwab, Theodor Peters, die am 2. Mai 1907 die Gründungsversammlung einberiefen; es fand sich eine größere Zahl begeisterter, arbeitswilliger und opferfreudiger Anhänger der Vereinsidee, so daß nach 7 Monaten der Verein bereits 226 wirkliche und 9 Protektionsmitglieder zählte. 1913 zählte man bereits 769 wirkliche und 77 Protektionsmitglieder. Am 27. April 1908 wurde die Stellenvermittlungskommission ins Leben gerufen, die eine nur während der ersten Hälfte des Krieges unterbrochene segensreiche Tätigkeit zum Wohle der hilfsbedürftigen eine bessere Stellung suchenden Mitglieder entfaltete. Am 19. September 1908 bezog der Verein das Lokal Promenade 21, bei der Einweihung desselben trat die damals neugegründete Musik- und Gesangssektion zum ersten Male an die Öffentlichkeit. 1909 wurden die Handelskammer beim Verein errichtet, die sich bis auf den heutigen Tag erhalten haben und im Laufe der Jahre das ihrige zum Verbreiten von kaufmännischen Wissen namentlich unter den jüngeren Mitgliedern viel beitrugen; die Leitung derselben lag bis zum Kriege (1914) in den bewährten Händen des unermüdbaren Herrn Paul Förster, dem der Verein überhaupt sehr viel zu danken hat. In den Vorstandsrat trat der Herr Dr. Schimmel, Theodor Meyerhoff, Rudw. Neugebauer und Theodor Peters gewählt; gegenwärtig besteht

Der Standpunkt der Deutschen im Osm.

Abg. Spidemann spricht über die Nöte der Deutschen in Polen.

Die P. A. T. meldet: Abg. Spidemann erklärt im Namen der deutschen Fraktion, daß die Deutschen gern zur Mitarbeit am Aufbau einer gesunden Wirtschaft des gemeinsamen Vaterlandes herantreten würden, für das das Blut ihrer Söhne geflossen ist. Die Deutschen hätten nie eine Aufforderung zur Mitarbeit abgelehnt. Die deutschen Landwirte, Kolonisten, Fabrikanten, Gutbesitzer und Pächter wären ehrlich ihren Verpflichtungen nachgekommen, doch seien ihre treuen Bemühungen ungerecht eingeschätzt worden. Die grundsätzlichen Rechte der deutschen Minderheiten würden immer mehr gekürzt und immer öfter bezeugten den Deutschen größeres oder kleineres Unrecht. Von den Behörden würden sie wegwerfend behandelt und selbst der Ministerpräsident hätte es nicht für nötig gehalten, in seinem Exposé das Unrecht, das er ihnen in seiner in Posen im Januar gehaltenen Rede anfügte, wieder gut zu machen. Dieses Beispiel hätte auf die ihm unterstellten Organe gewirkt. Sodann beklagt der Redner eingehend die Angelegenheit der Liquidierung des deutschen Eigentums und behauptet, daß die Liquidierung nur zum Gunsten des polnischen Volkstums und der katholischen Religion voranschreite.

Bei den Kommunalwahlen verlange man von den deutschen Kandidaten ein Examen über die

herstehende aus den Herren: Theodor Peters, Oskar Ritter, Hugo Schulz, Robert Ritter, den wirtschaftlichen Teil besorgen die Herren Oskar Schulz und Leopold Jatonel, die Kirche selbst werden von Herrn Handelslehrer Torno geleitet.

1910 wurde eine Bibliothek beim Verein eröffnet, die mit 550 Büchern ihre Tätigkeit begann, als 1. Bibliothekar wählte Schreiber. Dieses bis 1914 seines Amtes. Während des Krieges gingen allerdings eine größere Anzahl Bücher verloren, doch zählt die Bibliothek immerhin heute 1200 deutsche, polnische, russische, französische und englische Bücher.

Der Ausbruch des Weltkrieges hemmte völlig das Vereinsleben, da viele Mitglieder durch die Kriegswirren in allen Verbindungen zerstreut waren und erst 1917-18 wieder zurückkehrten. In der Kriegszeit war auch infolge des allgemeinen Stillstandes in Handel und Industrie an eine Weiterentwicklung des Vereins nicht zu denken, doch haben sich gerade in jener Zeit die Herren Anton Schöner und Paul Probst sehr bemüht, den Verein zusammen zu halten und den Mitgliedern mit Rat und Tat beizustehen.

Aus den sehr bescheidenen Vereinsmitteln wurden während des Krieges 1000 M. an 15 Personen als Unterhaltungen und 900 M. an 9 Personen als Beihilfen ausbezahlt. Als der Vizepräsident des Jahres 1914 Herr Adolf Sager nach Lodz zurückkehrte, suchte er dem Verein wieder neues Leben einzuflößen, und so haben wir denn 1918 bereits eine, wenn auch noch bescheidene Vereinsaktivität entfaltet. Am 1. April 1919 bis heute hat der Verein sein Heim Poststraße 10; von dieser Zeit an finden die Kräfte im Verein an sich reg zu entfalten, so hielt Herr Prof. Habermann philosophische Vorlesungen ab, desgleichen Herr Paul Förster einige Vorlesungen über polnische Handelsterminologie (in polnischer Sprache). Auch die Stellenvermittlungskommission entfaltete mit dem Jubelstillsitzen der industriellen Werte Tätigkeit, eine rege Tätigkeit. Auch gegenwärtig wird in der unter Leitung des Herrn Alfred Schwab stehenden Kommission fleißig gearbeitet. Seit 2 Jahren sind auf Vorschlag des Schreibers dieses Vortrags- und Diskussionsabend beim Verein eingeführt, die jeden Donnerstag stattfinden und den Hörern schon viele lehrreiche und interessante Stunden brachten. Am 6. April fand ein Goethe-Abend statt, wo Herr Professor Bulabiniowicz (Krakau) einen Vortrag über Goethe als Dichter des „Werther“ hielt, der begeisterten Beifall fand. Der seit 2 Jahren bestehende Damen-Abteilung des Vereins gehören 200 Mitglieder an.

In letzter Zeit ist ein Seniorenkongress ins Leben gerufen worden, der allmonatlich zusammentritt; die Anregung dazu ging vom derzeitigen eifrigen und energiegelassen Präsidenten Herrn Adolf Sager aus, der es versteht, mit Geduld und Ausdauer die Mitglieder immer wieder anzusprechen und die im Einzelnen ruhenden Kräfte zu wecken. Auch die lang ersehnte Vereinszeitung haben wir seit einigen Monaten, so daß auch diesbezüglich ein Fortschritt zu verzeichnen ist.

Wie man sieht, wurde ja vieles geschaffen, manches nur für die schnell eintretende Stunde, manches aber zu dauerndem Nutzen für den Verein. Wir wissen sehr gut, daß noch sehr viel zu tun ist, denn die stetig fortschreitende Zeit bringt stets neue Anforderungen, denen eine Vereinsleitung, will sie auf der Höhe sein, auch Rechnung tragen muß. Um dies aber tun zu können, braucht sie die tatkräftige Mitwirkung aller Mitglieder, denn nur durch einträchtiges, zielbewusstes Vorgehen kann ein Berufsverein in heutiger schwerer Zeit hochgebracht werden.

Möge der heutige Tag recht viele Vereinsmitglieder vereinen und ihr Interesse für den

polnischen Sprache und dort wo die deutsche Liste siege, erkläre man die Wahlen für ungültig. Wenn die preussische Regierung seinerzeit die polnische Bevölkerung bedrückte, indem sie das Land für Zwecke der deutschen Kolonisation ankaufte, so bemühe sich heute die polnische Regierung nicht nur Landgüter, sondern auch politische Immobilien, Handels- und Industrieanlagen sowie Bankgeschäfte zu ruinieren, zu enteignen, zu liquidieren und in polnische Hände hinüberzuleiten.

Redner beklagt sich, daß der Staat die kulturellen Bedürfnisse der deutschen Minderheit nicht befriedigt habe. Die deutschen Katholiken in Posen, Lodz und Pabianice bemüht sich vergeblich um Zerteilung deutscher Pfarren. Weiter klagt Redner über die Stellungnahme der polnischen Presse gegenüber den Deutschen, die alle deutschen Vereine der geheimen Verbindung mit Berlin verdächtige. Der Innenminister reagiere nicht auf deutsche Eingaben. Im Namen der deutschen Fraktion klagt Redner den Ministerpräsidenten des Reiches wegen Parteilichkeit den Deutschen und den völkischen Minderheiten gegenüber an.

Der Marschall ruft den Abg. Spidemann für den letzten Absatz seiner Rede zur Ordnung.

Comitèverein noch reger werden lassen, auf daß das nächste Jubiläum des Vereins nicht nur nach der Zahl der Mitglieder, sondern auch nach seinen Leistungen groß finde. Otto Tögel.

Eine Versammlung der Richter und Staatsanwälte. Unter Vorsitz des Vizepräsidenten des Bezirksgerichts fand eine Versammlung der Mitglieder des Vereins der Richter und Staatsanwälte statt. Nach der Besprechung der Angelegenheiten der Unterabteilung wurde über die Gesetzesnovelle vom 7. April, die eine Änderung der Besetzung vorsieht, beraten. Ueber die Unabhängigkeit des Richterstandes, sondern auch im Widerspruch zur Konstitution. Es wurde deshalb eine Kommission, bestehend aus den Herren Gynorff, Jazdzewski und Jeminiwicz, gewählt, die mit der Ausarbeitung eines neuen Entwurfs beauftragt wurde.

Zuschriften.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir Ansichten unserer Leser auch wenn diese mit der Richtung unseres Blattes nicht übereinstimmen. Eine Verantwortung für den Inhalt übernehmen wir nicht.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Da in Ihrem wertigen Blatt manch erbaulicher Artikel gebracht wird, so möchte ich um Aufnahme dieser Zeilen bitten.

Im Mittelalter rief Deibel: Wie das Geld in den Kassen klingelt, die Seele aus dem Fegfeuer springt.

Im evg. Gotteshaus unserer Nachbarn ist eine weit praktische Sache am Platz. Da wird einem einfach ein langer Stoch, an dem ein verhältnismäßig kleiner Beutel befestigt ist, vor die Augen gehalten, wonach bei jeder zweiten Bank das eingesammelte Geld festgedrückt werden muß, während die Gemeinde zu Ehren unseres Herrn und Heilandes Nieder singt. Wie hörend und andachtsraubend das auf den Menschen wirkt, der in der Kirche Trost und Erbauung sucht!

Wenn der Seelenhirt dieser Gemeinde, trotz allen Fortschritten unserer Zeit, sich von diesen schmerz einträchtigen Opfergaben nicht trennen kann, so will ich ihm den Tat geben, die Beutel um mindestens das Dreifache verlängern zu lassen. Hochachtungsvoll

S. A.

Aus dem Reiche.

Weissenhöhe. Entdeckung eines vorgeschichtlichen Grabes. Beim Umpflügen eines Grundstücks fand ein fleißiger Arbeiter ein mit glatten Feldsteinen belegtes vorgeschichtliches Grab in ungefähr einem halben Meter Tiefe. Beim Untersuchen des von Osten nach Westen liegenden Grabes wurden zwei Urnen und verfeinerte Knochenpfister gefunden. Weiter wurde beim Ausgraben die eine Urne zerbrochen und die andere beschädigt. Die Urnen sind von grauer Färbung, bauchig und mit einfacher Verzierung versehen. Da auch in früheren Zeiten schon derartige Funde dort gemacht worden sind, so geht man wohl nicht fehl in der Annahme, daß da einstmals in grauer Vorzeit eine uralte Siedelung bestanden hat.

Kurze telegraphische Mitteilungen.

Gestern wurde in den oberösterreichischen Kreisen Gleiwiß und Hohenburg sowie in der Stadt Gleiwiß der Belagerungsstand aufgehoben.

Staatssekretär Bergemann begibt sich von Genoa nach Paris, um wegen der Entschädigungen erneut zu verhandeln und einen neuen deutschen Zahlungsplan vorzulegen.

Letzte Nachrichten.

Der Bürgerkrieg in China.

Moskau, 5. Mai. (Kolp.) Aus Tschita wird berichtet, daß eine internationale Flotte von englischen, amerikanischen und japanischen Kriegsschiffen, sowie solchen anderer Staaten, in die Mündung des Jangtse eingelaufen ist. Zum Schutze der Fremden in China hat sich ein Freikorps gebildet. Das diplomatische Korps in Peking hat beschlossen, sich mit einer Erklärung an die Regierung zu wenden, die folgende Forderungen enthält: 1. Verbot des Gebrauchs von Flugzeugen für Kriegszwecke, 2. Verbot der Truppentransporte mit der Eisenbahn, 3. Die Kämpfe dürfen weder in Peking noch in der Nähe von Peking stattfinden, 4. Keine der beiden kriegsführenden Seiten darf den Eisenbahnverkehr beherrschen.

London, 5. Mai. (M. B.) Die Truppen des Generals Wu-Pei-Fu haben Peking erobert. Die Regierungsmarine wurde zerstreut, der Eisenbahnverkehr aufgehoben.

Die Schätze der Moskauer Kirchen. Moskau, 5. Mai. (M. B.) Im Laufe von 4 Tagen wurde in 182 Moskauer Kirchen 1741 Rub. 81 Pfund und 27 Solotnik reines Goldes beschlagnahmt.

Waffenstillstand in Belgien.

Leedsfield, 5. Mai. (M. B.) In einer Sitzung des Ausschusses des freien Jland und der regulären Truppen wurde für die Zeit vom 3. bis 8. Mai d. J. ein Waffenstillstand beschlossen, um den militärischen Führern Gelegenheit zur Prüfung der Lage der militärischen Angelegenheiten zu geben.

Kirchliche Nachrichten.

Triantaris-Kirche.

Sonntag, 7. Mai, abends Vorbereitung zum H. Abendmahl. Pastor Gabriel. — Sonntag, morgen, 8. Mai, Frühgottesdienst. Pastor Gabriel. — Vormittags 10 Uhr Beichte, 10^{1/2} Uhr Hauptgottesdienst. Pastor Gabriel. — Nachmittags 3 Uhr Kindergottesdienst. — Montag, 7. Mai, abends Wilsons-Stunde. Pastor Gabriel.

In der Armenhaus-Kapelle.

Diensabende 8.

Sonntag, vormittags 10 Uhr Gottesdienst. Pastor Gabriel.

Jungfrauenheim, Konstantiner 40.

Sonntag, nachmittags 4^{1/2} Uhr Versammlung der Jungfrauen, Familiennachmittag auch für die Angehörigen der Jungfrauen.

Jünglingsheim, Konfirmandenhaus.

Sonntag, abends 7 Uhr Versammlung der Jünglinge.

Die Amtswache hat Pastor Gabriel.

Kapelle der ev.-luth. Diakonissenanstalt.

Palnocrstr. 22.

Sonntag, Subilate: vormittags 10 Uhr Gottesdienst.

Pastor Payer.

St. Johanneskirche.

Sonntag, vormittags 10^{1/2} Uhr Beichte, 10 Uhr Hauptgottesdienst mit Feier des H. Abendmahls und Jahresgottesdienst des Jünglingsvereins. Superintendent Angerstein. — Mittags 12 Uhr Gottesdienst in polnischer Sprache. Pastor Dietrich. — Nachmittags 3 Uhr Kindergottesdienst. Pastor Dietrich. — Mittwoch, abends 8 Uhr Bibelstunde. Superintendent Angerstein.

Stadtmittelschule.

Sonntag, 7. Mai, abends Jungfrauenverein. — Freitag, 8. Mai, abends Vortrag. Superintendent Angerstein. — Sonnabend, 8. Mai, abends Gebetsgemeinschaft der Stadtmittelschule. Superintendent Angerstein.

Jünglingsverein.

Sonntag, nachmittags 5 Uhr Jahresfeier. Superintendent Angerstein. — Dienstag, abends 8 Uhr Bibelstunde. Hilfsprediger Groß.

St. Matthäuskirche.

Sonntag, vormittags 10 Uhr Gottesdienst. Hilfsprediger Groß.

Wilderberggemeinde, Panslstr. 58.

Sonntag, den 7. Mai, 1^{1/2} Uhr abends Predigt. Prediger W. Schmidt.

Pabianice, Sw. Janika 6.

Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 4^{1/2} Uhr Predigt. Prediger P. Schmidt.

Prediger P. Schmidt.

Christliche Gemeinschaft.

Roschingsko-Allee 57.

Sonntag, abends 7^{1/2} Uhr Jugendbundstunde für junge Männer und Jünglinge. — Sonntag, abends 7^{1/2} Uhr Evangelisationsversammlung. — Donnerstag, abends 7^{1/2} Uhr Bibelstunde. — Freitag, 4. Mai, nachmittags Kinderstunde.

Lodz, Pomozi (Grodna) 153.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr Evangelisationsversammlung.

Konstantinow, Großer Ring 22.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr Evangelisationsversammlung.

Neu-Roliceim Schützgebäude.

Mittwoch, 7. Mai, abends Evangelisationsversammlung.

Kapitalkirche, Wawerska 21.

Sonntag, vormittags 10 Uhr Predigtgottesdienst. Einführung der Neugeborenen und Abendmahl. Prediger P. Schmidt. — Nachmittags 4 Uhr Vortrag über Heidenmission in Kamerun. Prediger

